Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugsgeld freibleibend für den Monat eine Goldmark.
Schriftleiter: Johannes Särchen, Baruth (Mark).
Fernsprecher Nr. 17. — Postscheckkonto: Berlin Nr. 345 40.
Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger" oder auf die Erstattung des Bezugsgeldes
Donnerstag: Unterhaltungsbeilage „Der Familienfreund".

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreigespaltene Reklamezeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif.
Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Särchen, Baruth (Mark).
Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für undeutlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.
Sonnabend: Die illustrierte Sonntagsbeilage

Nr. 104 — Sonnabend, den 30. August — 1930

Die Herbstübungen der deutschen Flotte.

Der neue Kreuzer im Gefecht. — Fernlenkschiff „Zähringen" als Gegner.

Kiel. In der Kieler Bucht fand in diesen Tagen das Flottenartillerieschießen statt, das am Ende jedes Ausbildungsjahres erfolgt. Neben den Linienschiffen „Schlesien", „Hannover", „Schleswig-Holstein" und „Hessen" nahm auch der neue Kreuzer „Königsberg" an den Uebungen teil, der in seiner schnittigen Form mit den modernen Deckaufbauten neben den längst überalterten Großkampfschiffen zierlich und elegant wirkt. Die „Königsberg" mit ihren 6000 Tonnen bedeutet technisch fast die Vollendung, denn alle Erfahrungen des Krieges und der folgenden Jahre fanden bei dem Bau des Schiffes Verwendung. Die modernen Maschinenanlagen — 65 000 PS — ermöglichen eine Geschwindigkeit von nicht weniger als 32 Seemeilen.

Das Artillerieschießen begann nördlich des Feuerschiffes „Kiel". Der „Gegner" für die „Königsberg" war das Fernlenkschiff „Zähringen", das in klarer Sicht in voller Fahrt heraufkam. Die „Königsberg" schoß sich schnell gut ein, so daß die „Zähringen" sich schnell einnebelte. Durch Aufblitzen von Raketen an Bord des Zielschiffes, die ebenfalls drahtlos entzündet wurden, wurde Feuererwiderung markiert.

In einem Nachtkampf wurden die Linienschiffe „Schlesien" und „Hannover" von Torpedobooten angegriffen,

die durch Scheiben markiert waren. Sämtliche Schiffe waren vollständig abgeblendet. Gegen 10 Uhr abends richtete die „Schleswig-Holstein" am Steuerbord in etwa vier Kilometer Entfernung das angreifende Torpedoboot. In der nächsten Sekunde krachte eine Salve und etwa 500 Meter über dem Meere explodierten die Leuchtgranaten, die Leuchtbomben an Fallschirmen herniedergleiten ließen. Die Oberfläche des Meeres war in helles Licht getaucht. In der nächsten Sekunde schoß sich die Artillerie auf die Gegner ein, und bereits die zweite Salve machte die Scheiben gebrauchsunfähig.

Das alte Linienschiff „Zähringen" ist ein technisches Wunder. Es manövriert gleich einem Soldaten auf dem Exerzierplatz, wenn seine hochempfindlichen elektrischen Apparate die von dem Schnellschlepper „Blitz" ausgesandten drahtlosen Befehle empfangen. Damit die Granaten ihm nicht schnell den Garaus machen, ist sein Bauch bis unter das Deck mit Kork gefüllt, so daß es praktisch unsinkbar ist.

Biersteuer und Gerstenzölle.

Die diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung des Bundes Deutscher Malzfabriken, die in Dresden stattfand, nahm eine Entschließung an, in der es u. a. heißt: „Die Läger der Mälzungsstätten sind infolge des Rückgangs des Bierverbrauchs in bisher nicht gekanntem Maße überfüllt. Die deutsche Malzindustrie ist daher zur Zeit nicht in der Lage, in normalem Umfange auf dem Gerstenmarkt als Käufer aufzutreten. Die deutsche Landwirtschaft geht hierdurch der Wirkung der erhöhten Gerstenzölle verlustig und wird nicht die für sie notwendigen Preise erzielen können.

Die deutsche Malzindustrie sieht mit Sorge der kommenden Entwicklung entgegen, die ihr eine dauernde und mit der Zeit fortschreitende Verminderung ihrer Beschäftigung — die schon bisher, trotz der Aufwärtsbewegung der letzten Jahre, immer noch nicht den Vorkriegsstand erreicht hatte — zu bringen droht. Sie spricht deshalb die dringende Erwartung aus, daß bei einer Besserung der öffentlichen finanziellen Verhältnisse die Reichsbiersteuer wieder herabgesetzt und die Bestimmungen der Notverordnung über die Erhöhung der Gemeindebiersteuer mit Ablauf des Steuerjahres außer Kraft gesetzt werden, damit nicht Industrien, die einen wichtigen Teil unserer Volkswirtschaft darstellen, zum Erliegen kommen und zahlreiche Arbeiter und Angestellte brotlos werden, dazu eine Reihe von Hilfs- und Nebengewerben geschädigt und schließlich auch die steuerlichen Einnahmen des Reichs, der Länder und der Gemeinden beeinträchtigt werden."

Die Erhöhung der Eisenbahntarife.

Wie bekannt, werden am 1. September die Grundfahrpreise der Reichsbahn wie folgt erhöht werden:

In der 3. Klasse bei	Einzelkarten	von 3,7	auf 4,0	Rpf.
„ „	Zeitkarten	„ 3,3	„ 3,7	„
„ „ 2.	„	„ 5,6	„ 5,8	„
„ „ 1.	„	„ 11,2	„ 11,6	„

Der Fahrpreis im Fernverkehr für die Strecke Berlin—Hamburg wird z. B. in Zukunft im Personenzuge 3. Klasse statt 10,80 nunmehr 11,60 Mark betragen. Der Fahrpreis im Eilzug 3. Klasse Stuttgart—Berlin wird statt 26,70 jetzt 28,70 Mark, im Schnellzug 3. Klasse auf der Strecke Köln—München statt 28,60 jetzt 30,40 Mark betragen. Die Reichsbahngesellschaft beziffert die Mehreinnahme durch die Personentariferhöhung auf 45 Millionen Reichsmark jährlich. Da sie ab 1. September in Kraft tritt, würde sich rechnungsmäßig 1930 eine Mehreinnahme von 15 Millionen Reichsmark ergeben.

Wahlen und Parteibewegung.

In Stettin sprach in einer Versammlung der Deutschen Staatspartei Reichsfinanzminister Dr. Dietrich. Er erklärte u. a., eine Wiederabsetzung der Notverordnungen durch einen neuen Reichstag müßte eine Gefährdung des gesamten Staatslebens mit sich bringen. Zur Frage der Arbeitslosigkeit erklärte der Redner, das einzige Mittel zur wirksamen Bekämpfung sei die Wiederbelebung der Wirtschaft. Er beabsichtige daher auch nicht die Einführung neuer Steuern, weil er wisse, daß die Wirtschaft sie nicht mehr tragen könne, ohne ganz zusammenzubrechen.

*

In Münster sprach der ehemalige sozialistische Minister Severing zu den Reichstagswahlen. Die Versammlung nahm einen überaus stürmischen Verlauf, da der Redner fortgesetzt von Zwischenrufen der zahlreich anwesenden Kommunisten und Nationalsozialisten unterbrochen wurde. Severing führte u. a. aus, es sei undenkbar, daß die neuen Männer im Kabinett, Brüning, Treviranus, Schiele und Bredt, in Zukunft den Kurs bestimmen dürften, wenn Erfolg in der Außenpolitik erzielt werden solle. Im nächsten Reichstag werde die Sozialdemokratie den schärfsten Kampf mit der Volkspartei auszufechten haben.

*

Der Mecklenburgische Bauernverein hat in einer Vorstandssitzung beschlossen, von der Aufstellung eines eigenen Wahlvorschlages und von dem Anschluß an eine bestimmte Partei abzusehen, da er den unnötigen Parteihader aus den Reihen der mecklenburgischen Bauern fernhalten wolle.

Sind noch deutsche Kriegsgefangene in Sibirien?

Nach polnischen Meldungen sind aus Rußland drei angeblich ehemalige deutsche Kriegsgefangene nach Deutschland zurückgekehrt, und zwar sollen diese ehemaligen Kriegsgefangenen aus Sibirien gekommen sein. Diese Meldungen haben erneut zu der Befürchtung in weiten Kreisen der Bevölkerung Anlaß gegeben, daß sich in Rußland noch viele vermißt gemeldete ehemalige deutsche Soldaten aufhalten. Das Berliner Auswärtige Amt gibt jetzt Auskunft, aus der folgendes hervorgeht:

In den Jahren 1918 bis 1922 sind im wesentlichen alle ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen aus Rußland abtransportiert. Es ist dann in vielfachen Aufrufen, die die deutsche Regierung in Rußland hat verbreiten lassen, darauf hingewiesen worden, daß

jeder ehemalige deutsche Kriegsgefangene auch mit Frau und Kindern nach Deutschland kostenlos zurücktransportiert

werden kann, wenn er sich bei einer der deutschen Vertretungen in Rußland meldet. Diese Aufrufe sind in Sibirien von den deutschen Konsulaten so weit verbreitet worden, daß nach deutscher Auffassung auch in die entlegensten Flecken und Dörfer Kenntnis von der Möglichkeit des Rücktransports gegeben ist. Etwa hundert ehemalige deutsche Kriegsgefangene haben von der Möglichkeit der Rückkehr noch keinen Gebrauch gemacht. Sie haben sich zum Teil in Rußland verheiratet. Es melden sich aber dagegen viele ehemalige Oesterreicher und Ungarn, sowie Kriegsgefangene, die ursprünglich deutscher Nationalität, aber inzwischen Polen geworden sind. Für den Rücktransport dieser ehemaligen Gefangenen ist Deutschland nicht zuständig.

Der Verzweiflungssprung aus dem Flugzeug.

Frankfurt a. M. Der Selbstmord der Anfang der Zwanziger stehenden Frau Amlinger, der Witwe eines Rittmeisters des 9. Preußischen Reiterregiments, die sich wenige Kilometer hinter Frankfurt a. M. aus einem Verkehrsflugzeug stürzte, ist nur ein Glied in einer Kette von Schicksalsschlägen, durch die eine vom Geschick verfolgte Familie betroffen wurde. Die junge Frau war mit Rittmeister Amlinger erst seit kurzer Zeit verheiratet. Der Rittmeister nahm am vergangenen Sonnabend an einem Pferderennen teil, stürzte und brach sich das Genick.

Seine Witwe hat sich den neuen Unglücksfall so zu Herzen genommen, daß sie durch den Sprung aus dem Flugzeug Selbstmord beging.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß sie freiwillig in den Tod gegangen ist, nachdem man im Flugzeug ihre Handtasche mit einem Brief gefunden hat, in dem sie bittet, ihre Angehörigen von der Tat zu verständigen. Außerdem befand sich in der Handtasche auch noch ein Testament.

In dem vom Flugplatz Frankfurt a. M. gestarteten Flugzeug der Luft Hansa befanden sich außer Frau Amlinger noch drei Herren. Frau Amlinger belegte sofort den hintersten Platz, so daß die Mitfahrer Frau Amlinger nicht ohne weiteres beobachten konnten. In der Nähe der Ortschaft Kilianstädten zwängte sich die Frau durch das Fenster und stürzte sich aus etwa 1000 Meter Höhe in die Tiefe. Es ist als ein großes Glück zu bezeichnen, daß der Körper nicht an die hintere Stabilisierungsfläche stieß, was sicherlich den Absturz des Flugzeuges zur Folge gehabt hätte.

Eine Gesetzesvorlage für Pensionskürzung und gegen Doppelverdiener.

Glogau. Reichsinnenminister Dr. Wirth erklärte in einer Zentrumsversammlung in Glogau auf eine Anfrage, daß bei den Haager Verhandlungen keine geheimen Abmachungen über Sanktionsmaßnahmen bei Nichterfüllung des Young-Plans getroffen seien, sondern nur diejenigen, die im Haager Vertragswerk niedergelegt seien. Außerdem wies Dr. Wirth darauf hin, daß sich das Reichskabinett in der kommenden Woche erneut mit einer Gesetzesvorlage befassen werde, die die Herabsetzung der hohen Pensionen und Maßnahmen gegen die Doppelverdiener zum Gegenstand habe.

Die geplante Finanzreform.

Vorschläge für Reichsrat und neuen Reichstag.

Das Reichskabinett hat am Donnerstagnachmittag die Verhandlungen über das sogenannte Finanzprogramm beendet. Nach der amtlichen Mitteilung wurde Uebereinstimmung über diejenigen Grundsätze erzielt, nach denen gewisse Reformen in den Ressorts ausgearbeitet werden sollen, damit sie in Form von Gesetzesvorlagen dem Reichsrat und dem neuen Reichstag vorgelegt werden können. Das Kabinett ist zu der Ansicht gekommen, daß die Voraussetzung für das Gelingen einer Finanzreform die geordnete Kassenlage sei, und daß man die Anforderungen für den Haushaltsplan mit der wirklichen Wirtschaftslage Deutschlands in Einklang bringen muß.

Das Kabinett hat sich dann nach der amtlichen Mitteilung über folgende Gesichtspunkte geeinigt:

1. In dem Etatjahr 1930/31 soll, wie es in der amtlichen Mitteilung heißt, ein „weiterer namhafter Betrag eingespart" werden.

2. Es soll ein

mehrjähriges Programm für den Wohnungsbau und für die ländliche Siedlung

ausgearbeitet werden mit dem Ziel der Behebung der Wohnungsnot. Die Finanzierung der großen Wohnungen soll auf anderem Wege durchgeführt werden. Das bedeutet die angekündigte wesentliche Einsparung von Mitteln aus der Hauszinssteuer, soweit sie für den Wohnungsbau verwandt werden, und die Finanzierung des Baues großer Wohnungen durch eine Anleihe. Auf diesem Wege will das Kabinett die Mittel für die Hauszinssteuer zu Senkungen der Realsteuern verwenden, also eine Umlagerung in der Steuerverwendung, erstreben.

3. Der Reichshaushalt soll

gegen die bisherige unbegrenzte Inanspruchnahme durch die verschiedenen Formen der Arbeitslosenhilfe gesichert werden.

Das Kabinett hat die Einschränkung gemacht, daß dadurch die notwendigen Leistungen nicht gefährdet werden sollen.

4. Der

Finanzausgleich soll durch eine anderweitige Verteilung der öffentlichen Einnahmen unter Reich, Ländern und Gemeinden entsprechend den ihnen obliegenden Aufgaben umgestellt werden.

Dabei soll vor allem auf die Klarstellung der selbständigen Verantwortung der Gemeinden für die Ausgaben hingewirkt werden. Das Kabinett weist aber darauf hin, daß dieser Finanzausgleich erst in Kraft treten könne, wenn vom Reichstag das Steuervereinheitlichungsgesetz angenommen sei. Das Kabinett will weiter eine Vereinfachung des Steuersystems ausarbeiten lassen, in dem Sinne, daß die Vermögensteuer bei Vermögen bis zu 20 000 Mark nicht mehr erhoben werden soll. Außerdem sollen

die Gehälter der Kommunalbeamten nachgeprüft

und in den Gemeinden herabgesetzt werden, die besonders hoch mit Realsteuern belastet sind.

5. Will das Kabinett den Kreditbedürfnissen der Wirtschaft durch eine Senkung des zu hohen Zinsfußes dienen.

Die Gesamtheit dieser Maßnahmen, die in den Ministerien erst noch die Form von Gesetzesvorlagen erhalten sollen, soll eine Senkung der zu hohen steuerlichen Belastung des deutschen Volkes ermöglichen. Ein solches Senkungsprogramm könne, wie amtlich weiter mitgeteilt wird, nur fortschreitend durchgeführt werden. Begonnen werden soll aber bereits im Jahre 1931 mit der Senkung der die Produktion am meisten hemmenden Realsteuern. Dadurch soll der Wirtschaft Antrieb und neue Arbeit gegeben werden.

Gerüchte um Erhöhung der Posttarife.

Die Tatsache, daß die Reichspost sich trotz der hohen Anleihen und des verhältnismäßig guten Geschäftsganges durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm finanziell sehr stark festgelegt hat, hat schon seit längerer Zeit zu dem Gerücht Anlaß gegeben, daß eine Erhöhung der Posttarife geplant sei. Diese Gerüchte werden jetzt von der Reichspost sehr entschieden dementiert, und zwar in der Form, daß eine solche Posttariferhöhung weder für den 1. Oktober beabsichtigt, noch bisher erwogen worden sei. Es wird erklärt, daß dem Verwaltungsrat der Reichspost keine entsprechende Vorlage gemacht worden sei.